

April 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Wichtigste Probleme in Deutschland: Klimawandel und Energie, Krieg und Zuwanderung	5
Vier von Zehn geht es beim Klimaschutz noch zu langsam voran.....	6
Maßnahmen im Verkehrssektor: Ausbau des Schienennetzes populär, weitere Maßnahmen umstritten	7
Geplante Regelung zum Einbau neuer Heizungen stößt auf ein geteiltes Echo	9
Sektorübergreifender Ausgleich beim Klimaschutz wenig populär	10
Mehrheitliche Kritik an der Bundesregierung über Politikbereiche hinweg	11
Zufriedenheit mit der Bundesregierung erreicht neuen Tiefstand.....	13
Politikerzufriedenheit: Pistorius führt weiterhin Politikerliste an	14
Durchsetzungsstärke der Ampelparteien: FDP vorne, Grüne dicht dahinter	15
Kompetenz Klimapolitik: Grüne verlieren	16
Sonntagsfrage: Union weiter vorne, FDP und AfD mit leichten Gewinnen	17
Studieninformation.....	18

Zusammenfassung

Die im Koalitionsgipfel der Bundesregierung vergangene Woche diskutierten Themen prägen erkennbar auch die Problemwahrnehmung der Bundesbürger. Als wichtigstes Problem betrachten die Deutschen aktuell den Klimawandel (26 Prozent, +9 zu Jahresbeginn). Ebenfalls deutlich sichtbarer als noch zu Jahresbeginn sind Themen der Verkehrspolitik (7 Prozent, +6). Der anhaltende Krieg in der Ukraine wird von jedem Vierten (25 Prozent, +1) thematisiert. Zugenommen hat der Stellenwert des Themas Zuwanderung und Flucht (19 Prozent, +6). Fragen der Energieversorgung bewegen derzeit 17 Prozent der Deutschen (-2).

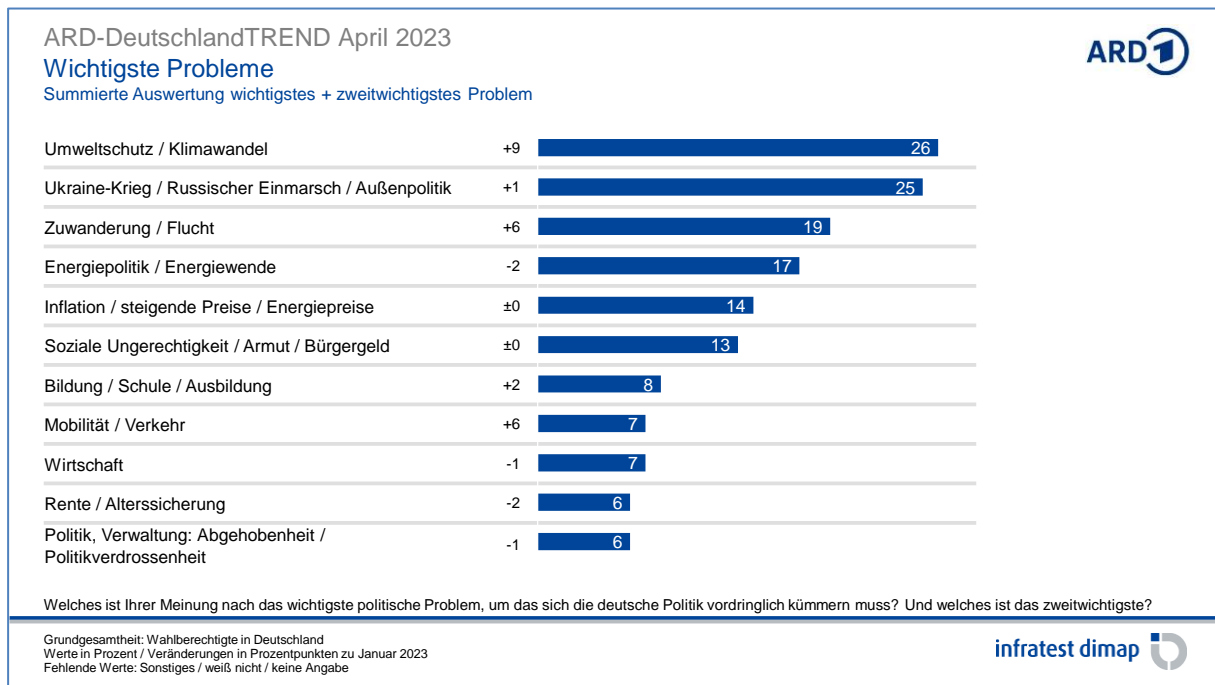
Grundsätzlich geht es gut vier von zehn Wahlberechtigten beim Thema Klimaschutz in Deutschland noch zu langsam voran. Trotz dieses grundsätzlichen Veränderungswillens vieler Bürger stoßen viele der im Koalitionsausschuss beschlossenen konkreten Maßnahmen bei den Bundesbürgern nur auf ein geteiltes Echo, so z.B. die geplante Erhöhung der LKW-Maut (43:45 Prozent), die angestrebte schnellere Umsetzung bereits beschlossener Autobahnprojekte (56:32 Prozent), die Pläne zum Einbau neuer Heizungen ab 2024 (50:43 Prozent) und der Kompromiss zur Aufweichung der CO₂-Sektorenziele (38:45 Prozent). Lediglich ein schnellerer Ausbau des Schienennetzes erfreut sich uneingeschränkter Beliebtheit (87:8 Prozent). Bei fast allen diskutierten Vorschlägen laufen die gesellschaftlichen Konfliktlinien mitten durch die Ampelkoalition: Während die Anhänger der Grünen die Vorschläge als nicht weitreichend genug empfinden, gehen die gefundenen Kompromisse den Anhängern der FDP bereits zu weit. Andersherum sind Vorschläge, die unter FDP-Anhängern großen Zuspruch finden, insbesondere unter Grünen-Anhängern unbeliebt.

In Anbetracht der wenig populären Ampelkompromisse der vergangenen Woche ist die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung in den Themenfeldern Klimaschutz und Verkehr aktuell besonders groß. Deutlich gewachsen ist demgegenüber die Zufriedenheit mit dem Kurs der Bundesregierung im Ukraine-Krieg. Auch bei der Sicherung der Energieversorgung in Deutschland urteilt die Bevölkerung deutlich wohlwollender als noch im vergangenen Herbst. Unterm Strich sinkt die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung insgesamt auf einen neuen Tiefstwert in dieser Legislaturperiode. Nach Ansicht von drei von zehn Wahlberechtigten hat sich in der bisherigen Regierungsarbeit der Ampelkoalition am ehesten die FDP durchgesetzt. Fast ebenso viele sehen vor allem die Grünen als durchsetzungstärkste Partei der Ampelkoalition. Für jeden Fünften ist die SPD die in der Koalition bisher maßgebliche Partei.

Wie im Vormonat führt Verteidigungsminister Boris Pistorius die Politikerliste an (53 Prozent). Mit Abstand folgt dahinter Außenministerin Annalena Baerbock (42 Prozent). Mit der Arbeit von Bundeskanzler Olaf Scholz sind 37 Prozent der Bundesbürger zufrieden. Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck verliert zum Vormonat und fällt auf den niedrigsten Zustimmungswert seiner Amtszeit (35 Prozent).

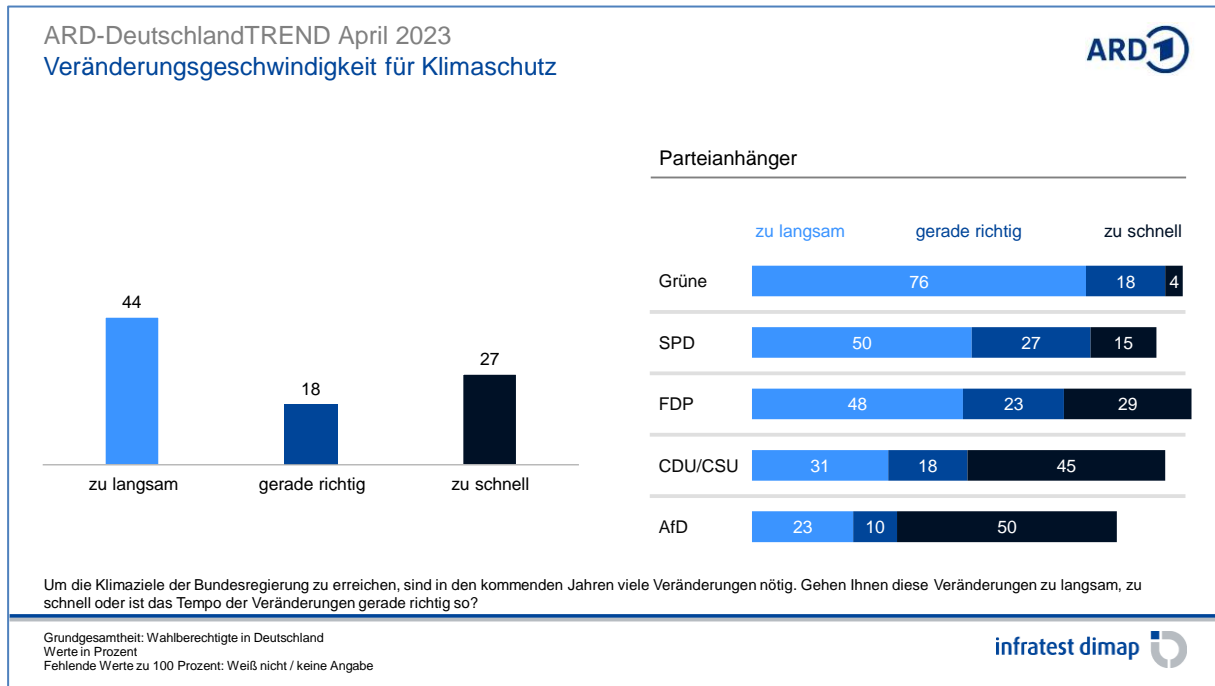
Trotz der gesunkenen Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung und dem mehrheitlichen Unbehagen mit den von der Ampelkoalition gefundenen Kompromissen gibt es in der aktuellen bundespolitischen Stimmung wenig Bewegung. Die CDU/CSU hätte in der Sonntagsfrage aktuell 30 Prozent in Aussicht (-1). Die SPD käme bei einer Bundestagswahl am kommenden Sonntag auf unverändert 18 Prozent, die Grünen auf unverändert 17 Prozent. Die FDP legt binnen Monatsfrist einen Punkt zu und käme derzeit auf 7 Prozent. Die AfD könnte nach leichten Gewinnen mit 15 Prozent (+1) rechnen. Die Linke verliert zum Vormonat einen Punkt und hätte derzeit 4 Prozent in Aussicht. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 9 Prozent (+/-0).

Wichtigste Probleme in Deutschland: Klimawandel und Energie, Krieg und Zuwanderung



Die im Koalitionsgipfel der Bundesregierung vergangene Woche besprochenen Themen prägen erkennbar auch die Problemwahrnehmung der Bundesbürger. Als wichtigstes Problem, um das sich die deutsche Politik vornehmlich kümmern sollte, betrachten die Bundesbürger aktuell den Klimawandel (26 Prozent). Das Thema hat damit wieder einen deutlich höheren Stellenwert als noch zu Beginn des Jahres (+9 Prozentpunkte). Ebenfalls deutlich sichtbarer als noch zu Jahresbeginn sind Themen der Verkehrspolitik (7 Prozent, +6). Der anhaltende Krieg in der Ukraine wird von kaum verändert einem Viertel der Wahlberechtigten (25 Prozent, +1) thematisiert. Der Krieg hat damit zwar nicht mehr den Stellenwert wie im Juni 2022, als er einige Monate nach Kriegsbeginn die Themenagenda deutlich dominierte, landet aber immer noch auf Platz zwei der am häufigsten genannten wichtigsten Probleme für die deutsche Politik. Nochmals deutlich zugenommen hat im Vergleich zu Januar der Stellenwert des Themas Zuwanderung und Flucht. In Anbetracht der angespannten Situation in vielen Kommunen wird das Thema aktuell von jedem fünften Bürger als prioritär benannt (19 Prozent, +6). Fragen der Energieversorgung bewegen derzeit 17 Prozent der Deutschen, etwas weniger als noch im Winter (-2). Die anhaltend hohe Inflation ist nach wie vor für viele (14 Prozent, +/-0) ein wichtiges Thema. Jeder Achte (13 Prozent, +/-0) thematisiert Fragen der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland.

Vier von Zehn geht es beim Klimaschutz noch zu langsam voran



Wie und mit welchen Maßnahmen dem in den Augen vieler Bundesbürger derzeit drängendsten politischen Problem am besten zu begegnen ist, ist nicht nur innerhalb der Bundesregierung umstritten. Bei der grundsätzlichen Frage, in welchem Tempo notwendige Klimaschutzmaßnahmen angegangen und umgesetzt werden sollen, könnten sich viele auch ein höheres Tempo vorstellen. Grundsätzlich geht es gut vier von zehn Wahlberechtigten (44 Prozent) beim Thema Klimaschutz in Deutschland noch zu langsam voran. Gut jeder Vierte (27 Prozent) empfindet das von der Bundesregierung eingeschlagene Veränderungstempo dagegen als zu schnell. Für nur 18 Prozent ist das aktuelle Tempo gerade richtig so. Jüngeren Bürgern (52 Prozent), formal höher Gebildeten (50 Prozent), und insbesondere den Anhängern der Grünen (76 Prozent) geht es beim Klimaschutz in Deutschland noch zu langsam voran. Auch jeder zweite Anhänger von FDP (48 Prozent) und SPD (50 Prozent) könnte sich mehr Geschwindigkeit beim Klimaschutz vorstellen. Als zu schnell wird das Tempo der Veränderungen vor allem von den Anhängern der Unionsparteien (45 Prozent) und der AfD (50 Prozent) empfunden.

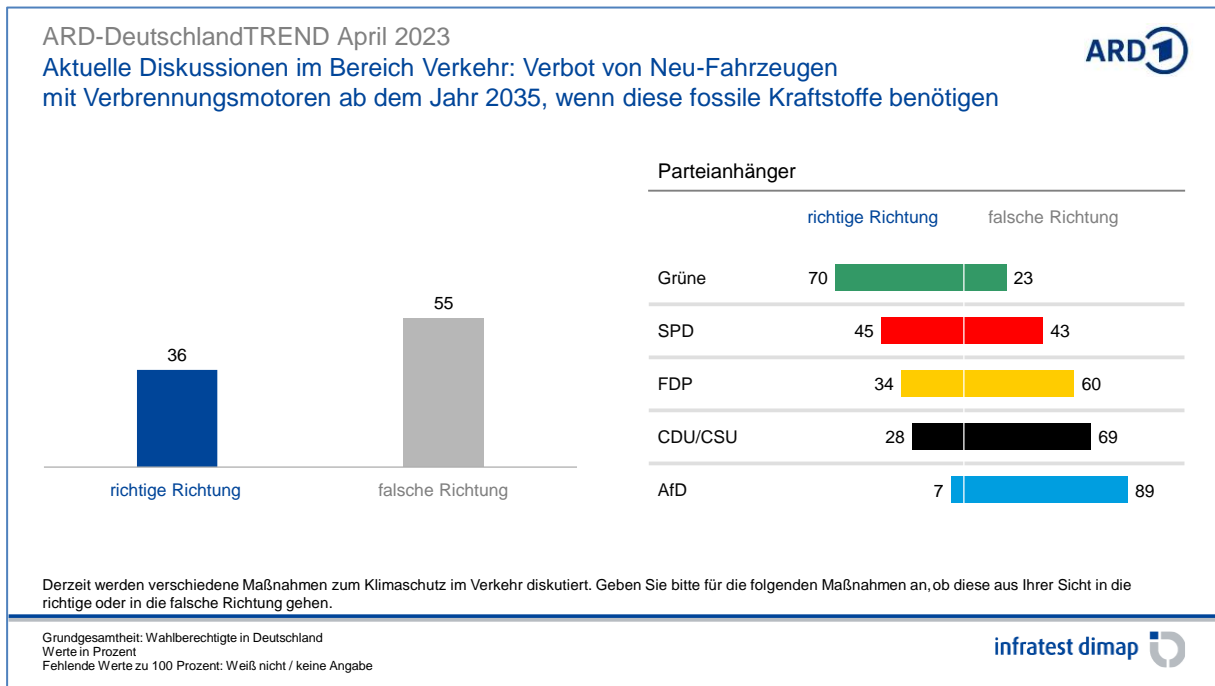
Maßnahmen im Verkehrssektor: Ausbau des Schienennetzes populär, weitere Maßnahmen umstritten

Trotz des grundsätzlichen Veränderungswillens vieler Deutscher stoßen viele der im Koalitionsausschuss in der letzten Woche beschlossenen konkreten Maßnahmen zu Klima, Energie und Verkehr bei den Bundesbürgern auf ein geteiltes Echo. Unter den im Verkehrssektor diskutierten Maßnahmen erfreut sich lediglich ein schnellerer Ausbau des Schienennetzes uneingeschränkter Beliebtheit in der Bevölkerung: Fast Neun von Zehn (87 Prozent) und Mehrheiten in allen Parteianhängerschaften halten diesen für richtig. Auch diejenigen, denen es beim Klimaschutz insgesamt eher zu schnell geht, haben gegen einen schnelleren Ausbau des Schienennetzes nichts einzuwenden. Die angestrebte schnellere Umsetzung bereits beschlossener Autobahnprojekte geht für eine Mehrheit (56 Prozent) in die richtige Richtung. Allerdings sind sich die Parteianhängerschaften in dieser Frage uneinig. Insbesondere die Anhänger von FDP, CDU/CSU, AfD aber auch diejenigen der SPD begrüßen den Vorschlag in weiten Teilen. Lediglich die Anhänger der Grünen sind mehrheitlich gegenteiliger Auffassung. Die geplante Erhöhung der LKW-Maut stößt auf ein geteiltes Echo. 43 Prozent finden den Vorschlag richtig, 45 Prozent falsch. Besonders begrüßt wird das Vorhaben von Anhängern der Grünen, aber auch viele SPD-Anhänger finden den Vorschlag gut. Umstritten ist er in den Reihen der Unionsparteien. Mehrheitlich gegen den Vorstoß positionieren sich die Anhänger von FDP und AfD.



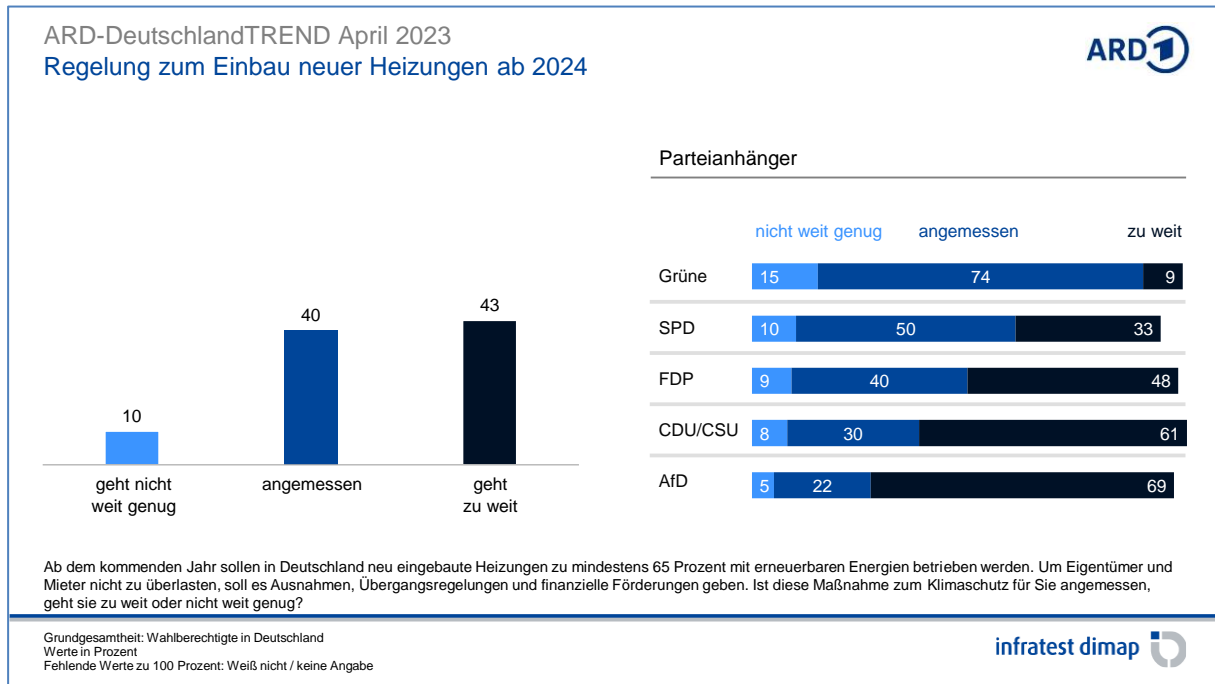
Von den diskutierten Maßnahmen im Verkehrssektor stößt das auf EU-Ebene bereits beschlossene Verbot von Neufahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 in der Bevölkerung auf den größten Widerspruch. Trotz der von Deutschland erreichten Ausnahme, dass Verbrennungsmotoren, die mit nachhaltigen E-Fuels betrieben werden können, weiter erlaubt sein sollen, finden 55 Prozent ein solches Verbot falsch, ein gutes Drittel (36 Prozent) findet es richtig. Auch bei diesem Vorschlag zeigen sich in den Parteianhängerschaften die bereits bekannten gesellschaftlichen Konfliktlinien, die auch mitten durch die Ampelkoalition laufen. Die Anhänger der FDP, der CDU/CSU

und der AfD finden die Maßnahme mehrheitlich falsch, die Anhänger der Grünen als einzige Anhängerschaft mehrheitlich richtig, diejenigen der SPD positionieren sich in der Frage zwischen den Antipoden der anderen beiden Koalitionäre. Unbeliebt ist das Verbrenner-Aus insbesondere auch in ländlichen Gemeinden und kleinen Städten (62:29 Prozent). In Großstädten halten sich Zustimmung (41 Prozent) und Ablehnung (51 Prozent) eher die Waage.



Geplante Regelung zum Einbau neuer Heizungen stößt auf ein geteiltes Echo

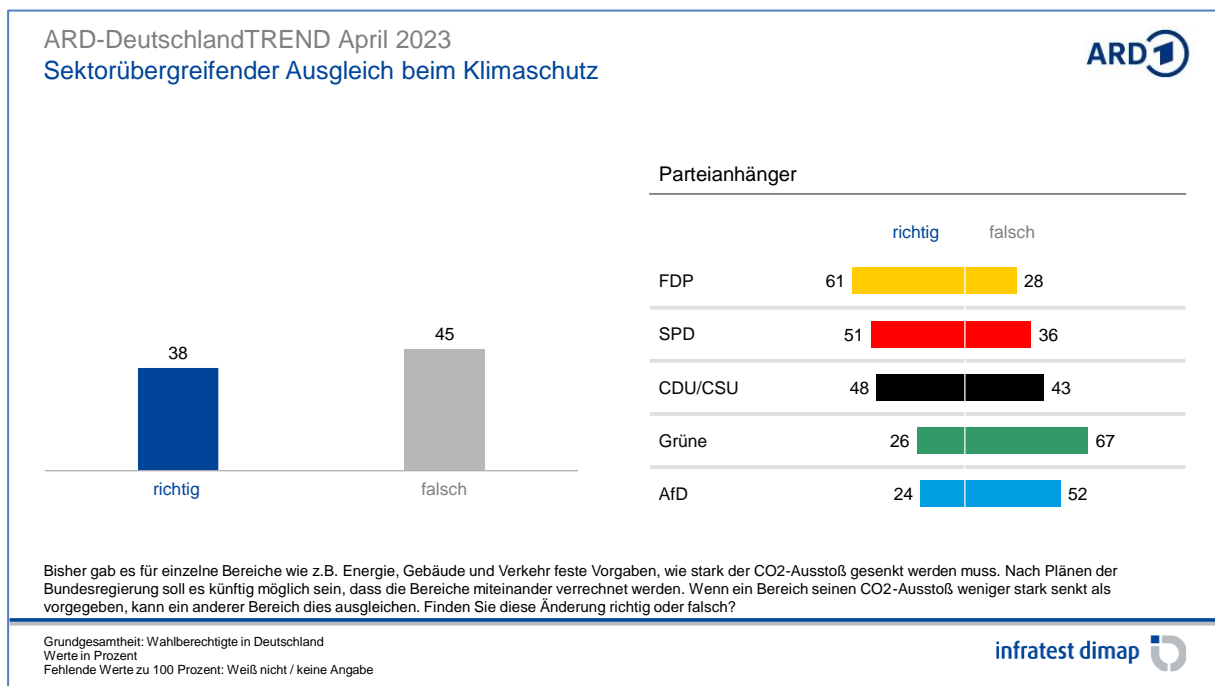
Ab dem kommenden Jahr sollen in Deutschland neu eingebaute Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Die geplante Regelung, die schon im Koalitionsausschuss für Streit sorgte, stößt auch in der Bevölkerung auf ein geteiltes Echo. Vier von Zehn (40 Prozent) halten den Vorschlag für angemessen, ebenso vielen (43 Prozent) geht er zu weit, jedem zehnten (10 Prozent) geht er noch nicht weit genug.



Auch bei diesem Vorschlag zeigen sich die bereits bekannten Konfliktlinien. Drei Viertel der Grünen-Anhänger (74 Prozent) halten das Vorhaben für angemessen. Angesichts der diskutierten weitreichenden Ausnahmen und Übergangsregelungen hätten sich immerhin 15 Prozent der Grünen-Anhänger auch noch weitreichendere Regelungen vorstellen können. Als angemessen wird der angestrebte Kompromiss auch von vielen SPD-Anhängern (50 Prozent) betrachtet. Jeder dritte SPD-Anhänger (33 Prozent) empfindet den Vorschlag aber als zu weitreichend. In den Augen jedes zweiten FDP-Anhänger (48 Prozent) ist das Vorhaben trotz der in Aussicht gestellten Ausnahmen und Übergangsregelungen zu weitreichend. Dies bewerten auch die Anhänger von CDU/CSU (61 Prozent) und AfD (69 Prozent) mehrheitlich so.

Sektorübergreifender Ausgleich beim Klimaschutz wenig populär

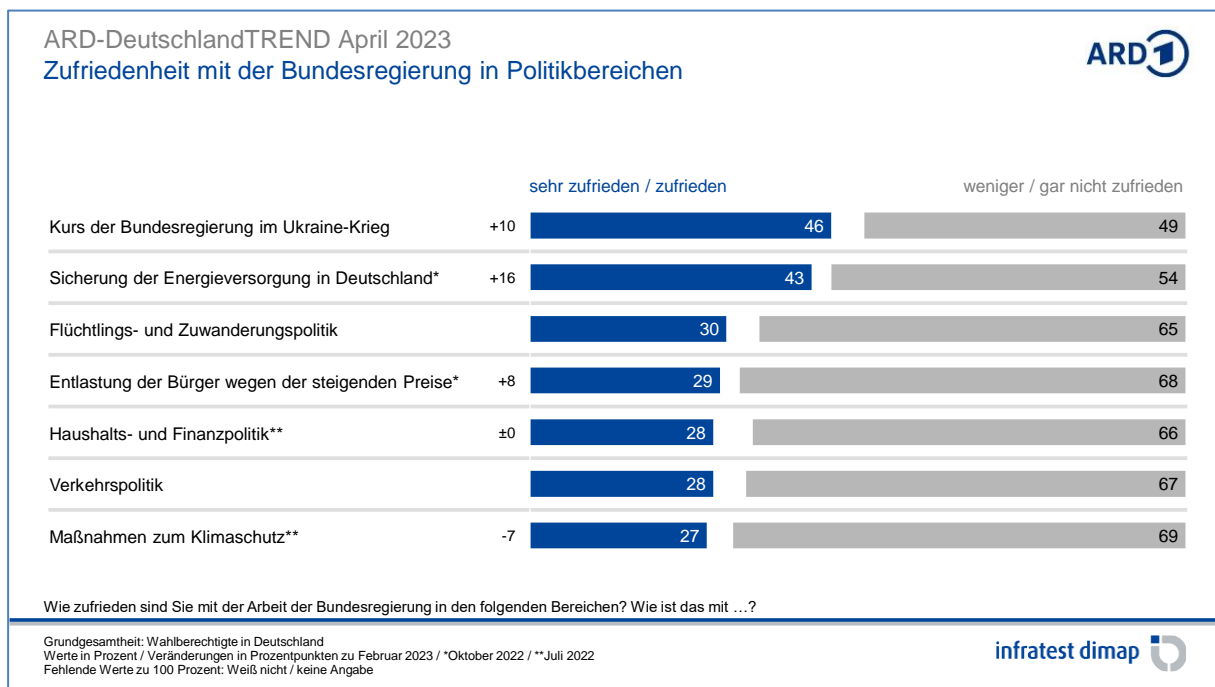
Bisher gibt es in Deutschland laut geltendem Klimaschutzgesetz für einzelne Sektoren wie Energie, Gebäude und Verkehr feste Vorgaben, wie stark der CO₂-Ausstoß jährlich gesenkt werden muss. Nach Plänen der Bundesregierung soll es künftig möglich sein, dass die Bilanzen der verschiedenen Sektoren miteinander verrechnet werden. Wenn ein Bereich seinen CO₂-Ausstoß weniger stark senkt als vorgegeben, kann dies mit stärkeren Senkungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden. Auch diese von den Ampelparteien angestrebte Änderung stößt bei den Bundesbürgern auf wenig Begeisterung. 38 Prozent finden den Vorstoß richtig, 45 Prozent falsch.



Am ehesten können sich noch die Anhänger der FDP (61:28 Prozent) und der SPD (51:36 Prozent) für den Vorschlag begeistern. In den Reihen der CDU/CSU ist das Vorhaben umstritten (48:43 Prozent). Die Anhänger der Grünen finden es dagegen mehrheitlich falsch (26:67 Prozent).

Mehrheitliche Kritik an der Bundesregierung über Politikbereiche hinweg

In Anbetracht der wenig populären Ampelkompromisse der vergangenen Woche ist es kaum überraschend, dass die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung in den Themenfeldern Klimaschutz und Verkehr aktuell besonders groß ist. Nur 27 Prozent äußern sich zufrieden mit den von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zum Klimaschutz, nochmal 7 Prozentpunkte weniger als im Juli 2022. Die Klimapolitik der Bundesregierung findet damit in keiner Parteianhängerschaft mehr mehrheitliche Zustimmung. Kritik an den klimapolitischen Maßnahmen der Bundesregierung kommt von beiden Seiten des gesellschaftlichen Spektrums: Diejenigen, denen es insgesamt mit dem Klimaschutz nicht schnell genug vorangeht, sind genauso unzufrieden, wie diejenigen, die das von der Bundesregierung angeschlagene Tempo als zu schnell empfinden. Auch bei der Verkehrspolitik der Bundesregierung überwiegt aktuell die Unzufriedenheit: nur 28 Prozent sind zufrieden, 67 Prozent unzufrieden. Selbst unter FDP-Anhängern ist nur eine knappe Mehrheit (55:39 Prozent) zufrieden mit der Arbeit des FDP-geführten Verkehrsressorts.



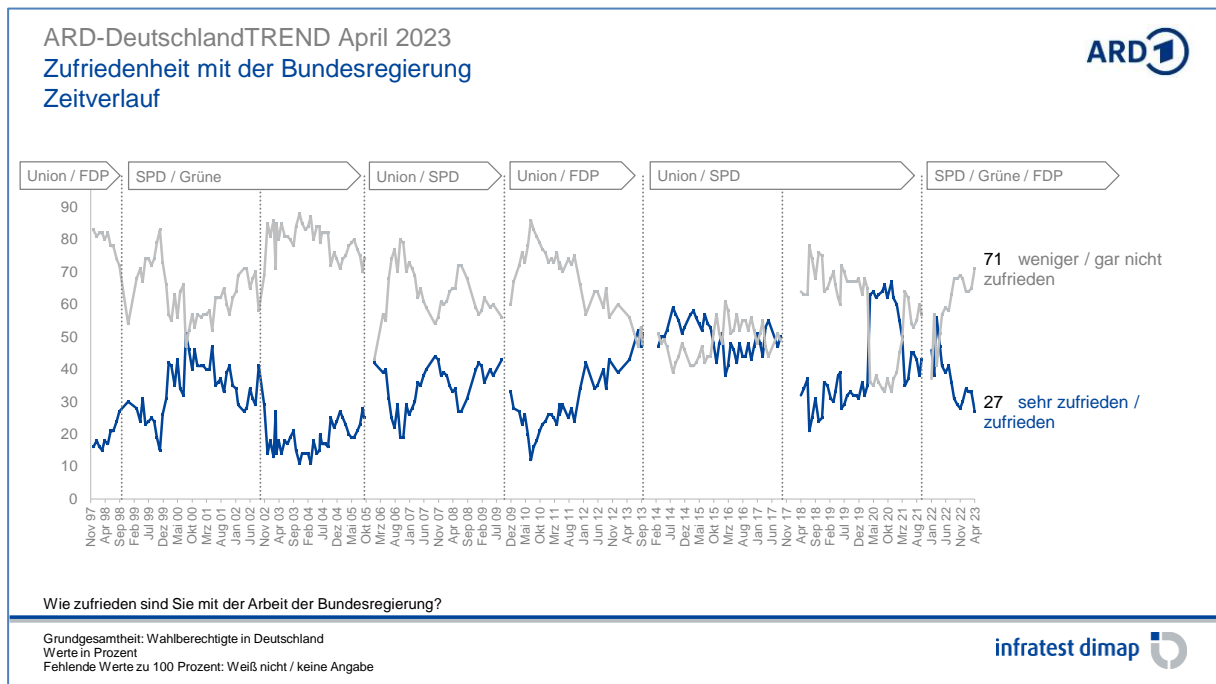
Deutlich gewachsen ist demgegenüber die Zufriedenheit mit dem Kurs der Bundesregierung im Ukraine-Krieg. Immerhin fast jeder zweite Bundesbürger (46 Prozent, +10) und Mehrheiten in den Anhängerschaften von Grünen, SPD und CDU/CSU äußern sich aktuell zufrieden, der höchste Zufriedenheitswert in diesem Politikfeld seit Juli 2022. Auch bei der Sicherung der Energieversorgung in Deutschland urteilt die Bevölkerung nach überstandenen Winter ohne Gasknappheit und Stromausfällen deutlich wohlwollender als noch im vergangenen Herbst (43 Prozent, +16).

Mit den von der Bundesregierung ergriffenen Entlastungsmaßnahmen wegen der steigenden Preise ist zwar weiterhin eine Mehrheit unzufrieden (29:68 Prozent). Aber auch in diesem Politikfeld ist das Urteil der Bundesbürger wohlwollender als noch im Oktober 2022 (+8 Prozentpunkte).

Unverändert 28 Prozent äußern sich zufrieden mit der Haushalts- und Finanzpolitik der Regierung. Mit der Zuwanderungspolitik, in der Wahrnehmung der Bürger eines der aktuell wichtigsten Politikfelder, äußert sich jeder dritte Bürger (30 Prozent) zufrieden. Die AfD-Anhänger, die sich über alle Politikfelder hinweg unzufrieden äußern, sind in diesem für sie so wichtigen Politikfeld mit den Leistungen der Bundesregierung besonders unzufrieden (2,95 Prozent).

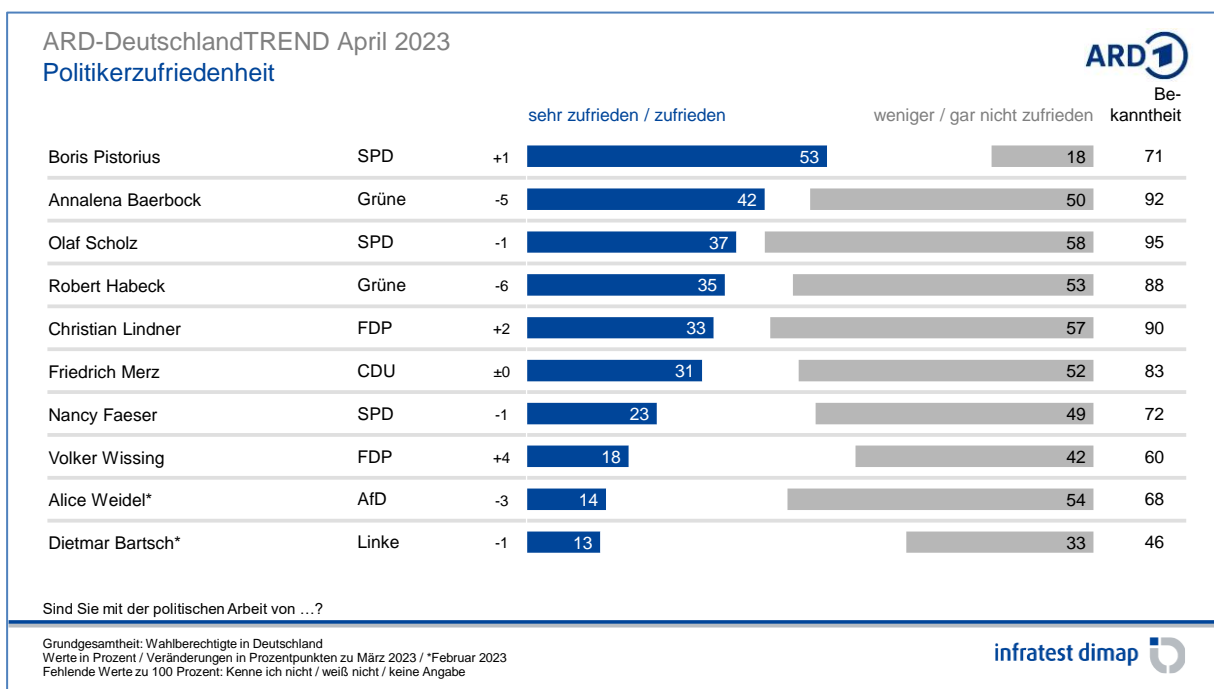
Zufriedenheit mit der Bundesregierung erreicht neuen Tiefstand

Unterm Strich und unter dem Eindruck des Koalitionsgipfels der vergangenen Woche sinkt die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung auf einen neuen Tiefstwert in dieser Legislaturperiode. Nur noch 27 Prozent (-6 zu März) äußern sich aktuell positiv zur Berliner Regierungsarbeit, sieben von zehn (71 Prozent, +6) üben Kritik. Nach wie vor äußern sich die Anhänger von SPD und Grünen mehrheitlich zufrieden. Insbesondere unter den Anhängern der Grünen hat die Zustimmung im Vergleich zum Vormonat aber deutlich abgenommen. In den Reihen des Koalitionspartners FDP überwiegt, anders als noch im Vormonat, aktuell deutlich die Kritik zur Regierungsarbeit.



Politikerzufriedenheit: Pistorius führt weiterhin Politikerliste an

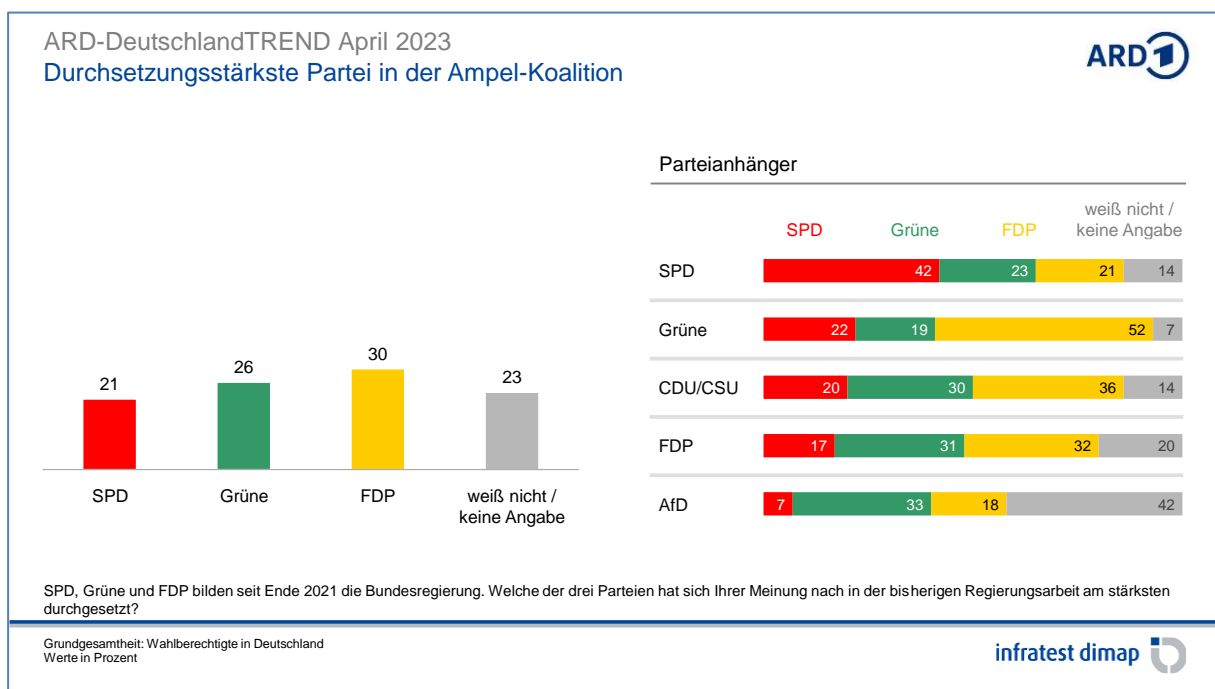
Wie im Vormonat führt Verteidigungsminister Boris Pistorius die Politikerliste an. Gut die Hälfte der Wahlberechtigten (53 Prozent, +1 zu März) ist mit seiner Arbeit zufrieden. Er ist damit der einzige Politiker im ARD-DeutschlandTREND, der in diesem Monat mehr Zustimmung als Ablehnung von der Bevölkerung erfährt. Mit deutlichem Abstand und leichten Verlusten folgt dahinter Außenministerin Annalena Baerbock (42 Prozent, -5). Mit der Arbeit von Bundeskanzler Olaf Scholz sind kaum verändert zum Vormonat 37 Prozent (-1) der Bundesbürger zufrieden. Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck verliert zum Vormonat erneut an Zustimmung und fällt auf den niedrigsten Zustimmungswert seiner Amtszeit (35 Prozent, -6).



Mit der Arbeit von Finanzminister Christian Lindner ist jeder dritte Deutsche aktuell zufrieden (33 Prozent, +2), ein leichtes Plus zum Vormonat. Der FDP-Chef landet damit im Bevölkerungsurteil knapp vor Oppositionsführer Friedrich Merz (31 Prozent, +/-0). Mit Innenministerin Nancy Faeser ist, kaum verändert zum Vormonat, jeder vierte Bundesbürger zufrieden (23 Prozent, -1). Verkehrsminister Volker Wissing kann sich zum Vormonat verbessern (18 Prozent, +4). Insbesondere in der eigenen Anhängerschaft gewinnt er deutlich an Rückhalt. Auf den hinteren Plätzen im Bevölkerungsurteil rangieren Linken-Chef Dietmar Bartsch (13 Prozent) und Alice Weidel von der AfD (14 Prozent).

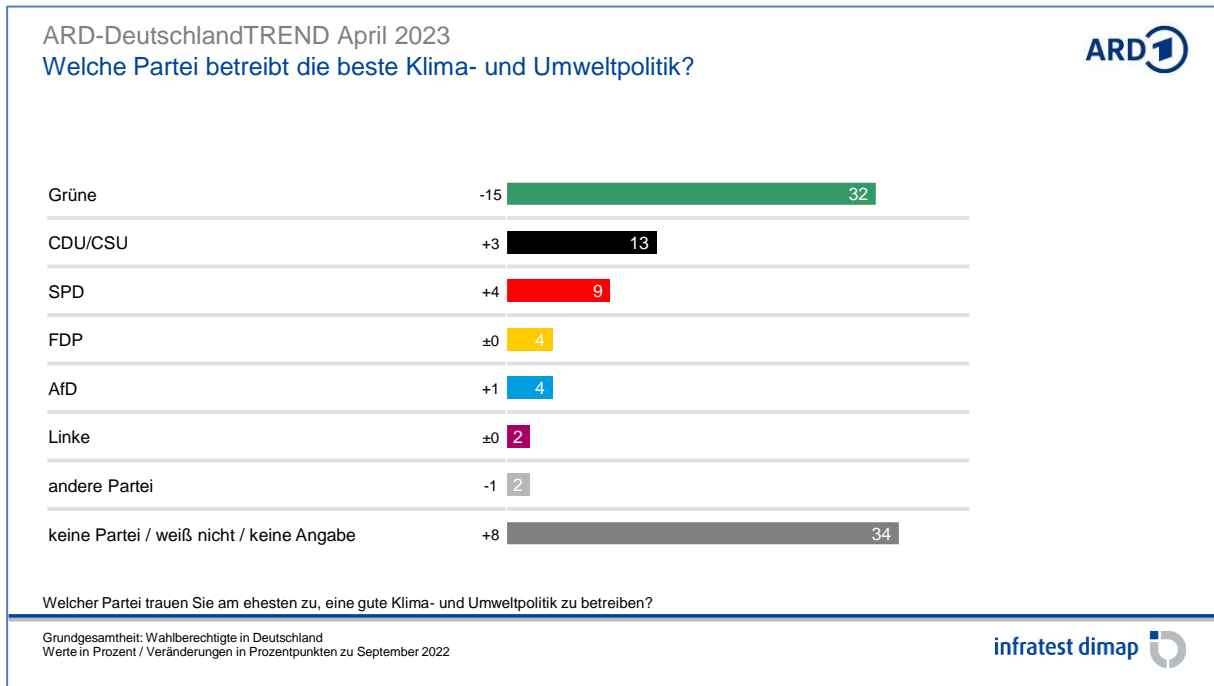
Durchsetzungsstärke der Ampelparteien: FDP vorne, Grüne dicht dahinter

Die häufig gegenläufigen Vorstellungen der Koalitionspartner machen Kompromisse im zweiten Jahr der gemeinsamen Regierungsarbeit von SPD, Grünen und FDP augenscheinlich schwieriger und es geht zunehmend darum, sich mit eigenen Vorstellungen gegen die Koalitionspartner durchzusetzen. Nach Ansicht von drei von zehn Wahlberechtigten (30 Prozent) gelingt dies der FDP in der Regierungsarbeit bisher am besten. Fast ebenso viele (26 Prozent) sehen vor allem die Grünen als durchsetzungsstärkste Partei der Ampelkoalition. Für jeden Fünften (21 Prozent) ist die SPD die in der Koalition bisher maßgebliche Partei. Jeder Vierte (23 Prozent) kann oder möchte sich in der Frage nicht festlegen.



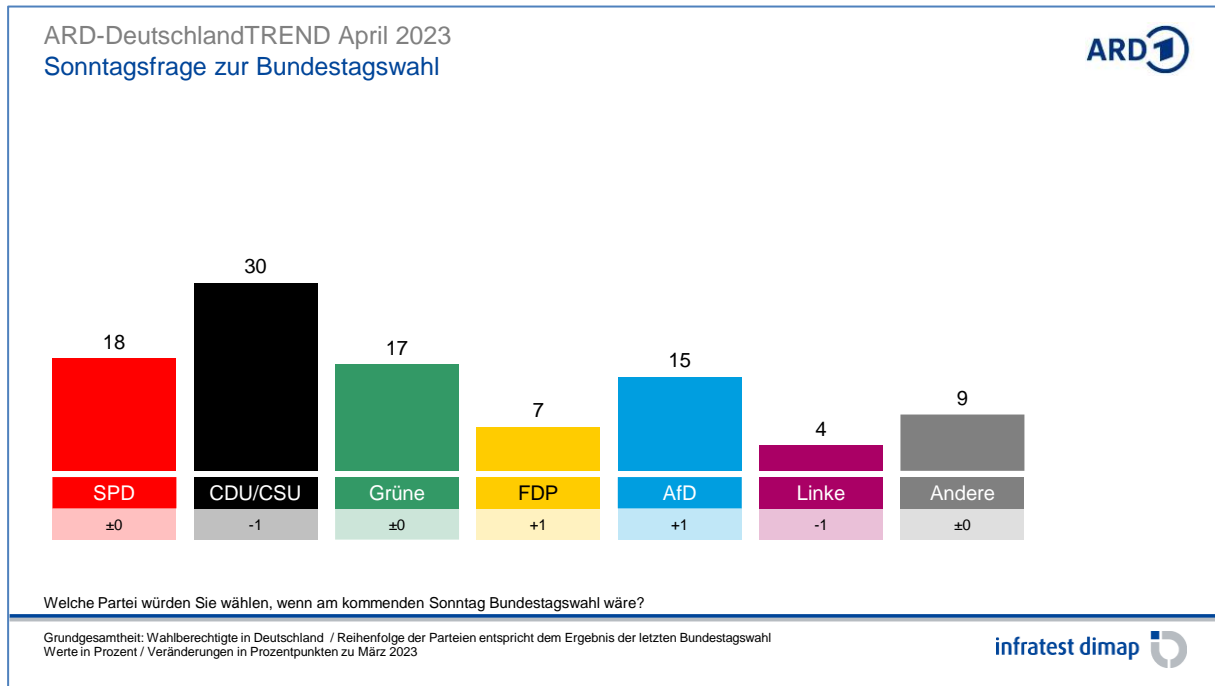
Während von den SPD-Anhängern noch am ehesten die eigene Partei als am durchsetzungsstärksten wahrgenommen wird (42 Prozent), ist die Wahrnehmung in den Reihen der kleineren Koalitionspartner eine andere. Nur ein Drittel der FDP-Anhänger (32 Prozent) sieht die eigene Partei vorne, ebenso viele (31 Prozent) sehen in der bisherigen Regierungsarbeit vor allem Ideen des grünen Koalitionspartners umgesetzt. Unter Anhängern der Grünen sieht gar nur jeder fünfte (19 Prozent) die eigene Partei als am durchsetzungsstärksten an. Mehr als jeder zweite Grünen-Anhänger (52 Prozent) nimmt den liberalen Koalitionspartner als am ehesten taktangebend wahr. In den Reihen der Unionsanhänger wird am ehesten die FDP als am durchsetzungsstärksten wahrnehmen, bei AfD-Anhängern überwiegt am ehesten der Eindruck, dass die bisherige Regierungsarbeit vor allem von den Vorstellungen der Grünen dominiert wurde.

Kompetenz Klimapolitik: Grüne verlieren



Im aktuellen Spannungsfeld können die Grünen im derzeit wichtigsten Politikfeld Klima- und Umweltpolitik merklich weniger punkten. Zwar wird den Grünen in ihrer Kernkompetenz unter den Parteien immer noch von den relativ meisten Bundesbürgern das größte Sachvertrauen entgegengebracht. Im Vergleich zu früheren Kompetenzwerten in diesem Politikfeld müssen sie aber deutliche Einbußen hinnehmen. Nach 48 Prozent vor der Bundestagswahl im September 2021 und 47 Prozent im vergangenen September, trauen aktuell nur noch 32 Prozent am ehesten den Grünen zu, eine gute Klima- und Umweltpolitik zu betreiben. Die politischen Wettbewerber können von der Schwäche der Grünen nur in geringem Umfang profitieren. CDU/CSU (13 Prozent, +3) und SPD (9 Prozent, +4) wird in der Klimapolitik aktuell etwas mehr zugetraut als noch vor einem halben Jahr. Zugenommen hat vor allem der Anteil derjenigen, die eine gute Klimapolitik aktuell keiner Partei zutrauen (34 Prozent, +8).

Sonntagsfrage: Union weiter vorne, FDP und AfD mit leichten Gewinnen



Trotz der gesunkenen Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung und dem mehrheitlichen Unbehagen mit den von der Ampelkoalition gefundenen Kompromissen gibt es in der aktuellen bundespolitischen Stimmung wenig Bewegung. Die CDU/CSU hätte in der Sonntagsfrage aktuell 30 Prozent in Aussicht, einen Punkt weniger als noch Anfang März. Die SPD käme bei einer Bundestagswahl am kommenden Sonntag auf unverändert 18 Prozent (+/-0), die Grünen auf unverändert 17 Prozent (+/-0). Die FDP legt binnen Monatsfrist einen Punkt zu und käme derzeit auf 7 Prozent. Die AfD könnte nach leichten Gewinnen mit 15 Prozent (+1) rechnen. Die Linke verliert zum Vormonat einen Punkt und hätte derzeit 4 Prozent in Aussicht. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 9 Prozent (+/-0).

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND April 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Redaktion WDR	Ellen Ehni / Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Christian Spinner	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung	
Fallzahl	1.304 Befragte (777 Telefoninterviews und 527 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	03. bis 05. April 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Christian Spinner	030 533 22-0